



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 50/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 50 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

ICH WÜNSCHE IHNEN EINEN BESINNLICHEN 4. ADVENT

Michael Kaufmann



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE





14. Dezember 22

Forschung benötigt dringend Planungssicherheit

Wissenschaft und Forschung brauchen langfristige Perspektive. Meine Rede zum Antrag der CDU/CSU „Hochschulen in Härtefallregelung aufnehmen ...“ (Drucksache 20/4874).

Der Antrag ist eine Fortsetzung der hektischen, kurzatmigen Rettungspolitik der Ampelkoalition, mit der diese selbstverursachte Probleme deckelt.

Wissenschaft und Forschung brauchen jedoch Verlässlichkeit und eine langfristige Perspektive.

Der Antrag wird im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung weiter beraten.

Das Video mit der Rede können Sie unter folgendem Link abrufen: <https://www.facebook.com/watch/?v=1121360045222675>



16. Dezember 22

Die letzte Bundestagssitzung des Jahres 2022 ist beendet.

Letzter Tagesordnungspunkt war unsere Aktuelle Stunde „Nebenwirkungen der Corona-Impfung sofort ernst nehmen“.

Auch im neuen Jahr wird die AfD-Fraktion dieses Thema weiter verfolgen.

PARLAMENARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Regierungserklärung von Kanzler Scholz zum EU-ASEAN-Gipfel und EU-Rat

- Das Schlagwort „Globalisierung“ hat ausgedient, jetzt lautet die Ansage: Die Welt im 21. Jahrhundert wird eine multipolare Welt sein. Ferner: Das Ölembargo gegen Russland ist in Kraft, die EU wird der Ukraine im kommenden Jahr 18 Mrd. EUR zur Verfügung stellen „für alles, was sie braucht...“, so z.B. Artillerie- und Flugabwehrsysteme und Gepard-Flak-Panzer aus Deutschland. In der NATO haben wir uns verteidigungspolitisch neu ausgerichtet und „wir werden, falls nötig, jeden einzelnen qm des Gebietes verteidigen, dafür haben wir das 100-Mrd.Paket beschlossen.“
- In einem Wort: Aufrüstung und Waffenlieferung in Kriegsgebiete vor der Haustüre = Friedenssicherung.
- In dieser Woche wurden die Westbalkanländer Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Nordmazedonien zu EU-Beitrittskandidaten erklärt. Scholz wörtlich: „Es ist in unserem Interesse, dass der westl. Balkan Teil der EU wird.“
- Friedrich Merz, im Anschluss in seiner Rede: Putin und seine Schergen müssen bekämpft werden, es fehle an Schützenpanzern und Kampfpanzern, die wir unter anderem auch aus Beständen der Industrie liefern können. Außerdem mahnte er die Bundesregierung an, ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA voranzubringen und MERCOSUR zum Abschluss zu bringen.
- Tino Chrupalla, AfD: „Wir brauchen internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe, und keine ideologischen Scheuklappen, [...] schon gar nicht eine Sanktionspolitik im Namen der sog. „Feministischen Außenpolitik“ [...]“

Aktuelle Stunde auf Antrag der Ampel-Koalition, Thema: Bedrohung durch Netzwerke von Reichsbürgern und Rechtsextremisten

- Ein willkommener Anlass, die AfD zu beschädigen: Die SPD bezeichnete die AfD als „Feinde der Demokratie“, die GRÜNEN nannten die AfD einen „Brandbeschleuniger“
- Nancy Faeser, Innenministerin: 23.000 Reichsbürger zähle der Verfassungsschutz.
- Gem. Gottfried Curio, AfD, sind davon max. 2.000 gewaltbereit.
- Faeser wirft im Verlauf ihrer Rede Querdenker, rechtsextreme Gruppierungen, Verschwörungstheoretiker und Corona-Leugner in einen Topf, steigert die angebliche Gefahrensituation ins Unermessliche, und plant einen großen Rundumschlag:
- Verschärfung des Waffengesetzes, Prävention bereits in KITAS, Verschärfung des Disziplinarrechts im Öffentlichen Dienst, „schnellere Verfahren, auch bei Volksverhetzungsdelikten“.
- Gottfried Curio, AfD: Das einzige, was an diesem Operettenputsch – so Medien – professionell war, war die PR-Operation des Innenministeriums.

2. & 3. Lesung des Antrages der Ampel 20/4332: Dauerhafte finanzielle Unterstützung des EU-Beitrittskandidaten Moldau

- Inhalt unter anderem: Seit dem völkerrechtswidrigen und brutalen Überfall Russlands am 24. Februar 2022 auf die Ukraine und imperialistischen Äußerungen der russischen Staatsführung mit Blick auf die Nachbarländer Russlands sehe sich die Republik Moldau in ihrer Sicherheit bedroht.
- Der Antrag wurde angenommen.
- Die AfD stimmte dagegen.
- Markus Frohnmaier, AfD, in einer Pressemitteilung zum EU-Beitrittskandidaten Bosnien-Herzegowina: Das Land liege auf dem Korruptionswahrnehmungsindex auf einem Level mit Gambia und Sierra Leone. Die Entwicklungshilfe hätte wegen Unregelmäßigkeiten bereits mehrfach eingefroren werden müssen. Bosnien sei nicht einmal in der Lage, Regierungsverhandlungen mit der Bundesrepublik zu vereinbaren.

1. Lesung und Beratung des CDU-Antrages 20/4874: „Schutzschirm für wissenschaftlichen Nachwuchs spannen“

- Dieser Antrag will Hochschulen in die Härtefallregelung der Energiepreisbremse mit einbeziehen.
- Nach „Notfallfonds einrichten, um Schaden vom deutschen Wissenschaftssystem abzuwehren“, der zweite Antrag der CDU/CSU, der nur Stückwerk ist. In Gefahr sind Plasmalabore, Teilchenbeschleuniger, auch Tierlabore und Hochleistungsrechner.
- Prof. Michael Kaufmann führte in seiner Rede aus, dass aktuell aber auch beim Personal gespart werden müsse und kluge Köpfe, Ingenieure und Knowhow verloren gingen. Er forderte: kein Forschungsprojekt darf verloren gehen und keine Stelle gestrichen werden!
- Der Antrag wurde an den Ausschuss überwiesen.

Antrag der AfD 20/4871 „Transparenz bei Straftaten mit dem Tatmittel Messer“

- Anlass ist das brutale Verbrechen an dem türkischen Mädchen in Illerkirchberg. Nicht nur, dass diese Straftaten ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben, diesbezüglich braucht es lückenlose Erfassung der Straftaten sowie der Täter, kategorisiert nach Nationalität und bei deutschen Straftätern auch aufgeschlüsselt nach Migrationshintergrund.
- „Die Migrationspolitik in diesem Land tötet Menschen“, so Martin Hess, AfD, in seiner Rede.

Donnerstag

2. und 3. Lesung des Gesetzes „zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung sonstiger Vorschriften“

- Strom- und Gaspreisbremse: In namentlicher Abstimmung wurde das Gesetz letztendlich verabschiedet, nachdem einige Zeit zuvor auch das 200-Mrd.-Paket problemlos den Bundestag passiert hatte.
- „Die Schädigung der Deutschland AG geht weiter“, so Steffen Kotré, AfD, in seiner Rede.
- Marc Bernhard, AfD: „Sie hätten sofort mit Kriegsbeginn handeln müssen, den Ausstieg aus Kernenergie und Kohle stoppen und alle zuvor abgeschalteten KKW sofort wieder ans Netz nehmen müssen. Sie haben diese aktuelle Notlage, sei es mutwillig oder durch Unfähigkeit sehenden Auges herbeigeführt... Von Ihrem sog. Abwehrschirm kostet allein die Strom- und Gaspreisbremse 100 Mrd. € jährlich. Das ist eine Steuerverbrennungsmaschine, denn die Menschen müssen immer noch für 80% ihres Verbrauches den dreifachen Gaspreis des letzten Jahres bezahlen.“
- Die AfD enthielt sich bei der Abstimmung.

Antrag der CDU 20/3930 „Iranische Protestbewegung - Frauenorientierte Außenpolitik“

- Der CDU-Antrag hatte keinen Erfolg. Er forderte, die EU müsse ins Handeln kommen und auch das Mullah-Regime auf die internationale Terrorliste setzen.
- Redner Jürgen Hardt, CDU: Iran ist ein Waffenlieferant und Verbündeter von Russland.
- Jürgen Braun, AfD: Als die Union regierte, half sie dem islamistischen Iran. Sie stimmte lauthals mit den GRÜNEN in das Geschrei gegen Donald Trump ein, der aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausstieg und die Regierung in Teheran ein Terror-Regime nannte. Und weiter: „Baerbock hat die islamistische Revolutionsgarde noch immer nicht als Terrororganisation eingestuft.“

In drei Anträgen der AfD & einem Antrag der Linken wurde die Rettung der Arbeitsplätze der Raffinerie Schwedt gefordert

- Die Linken wollten eine Transformation
- Die AfD forderte eine Wiederherstellung der Vollauslastung von Schwedt und die Verhinderung der Deindustrialisierung Deutschlands.
- Alle Anträge blieben erfolglos, was nach Beschluss des Erdölembargos gegen Russland kaum verwundert.

Ablehnung eines stellvertretenden Bundestagspräsidenten sowie eines Mitglieds im Parlamentarischen Kontrollgremium

- Die Einheitsfront aus Rot, Grün, Gelb, Schwarz und Lila lehnte erneut die demokratische Teilhabe der AfD in Form eines stellvertretenden Bundestagspräsidenten sowie eines Mitglieds im Parlamentarischen Kontrollgremium ab.

Antrag Nr. 20/4876 der CDU: Aussetzung des verabschiedeten Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zum 1. Jan 2023

- Die CDU fordert die Aussetzung und stattdessen Verschiebung des Gesetzes auf den 1. Jan. 2025, um die Belastung für die mittelständische Wirtschaft in der krisengeschüttelten Zeit zu minimieren.
- Der Antrag wurde nach Debatte in den Ausschuss Arbeit und Soziales überwiesen.

Antrag 20/4588 der LINKEN „Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen – Kettenbefristungen beenden“

- Dr. Marc Jongen, AfD: Durch die Befristungen der Arbeitsverhältnisse „unterhalb des Professors“ würden Kinderwünsche aufgeschoben und oftmals eigene Meinungen unterdrückt, um eine Verlängerung des Arbeitsvertrages nicht zu gefährden. Aber der Linken-Antrag fände für das richtige Problem mal wieder die falschen Lösungen: Weder die Förderung von Frauenstellen, noch vom Staat getragene unbefristete Arbeitsverhältnisse würden auf Dauer das gewünschte Ergebnis bringen. Man müsse z.B. wegkommen vom Akademisierungswahn, und berufliche Bildung müsse aufgewertet werden, um ein passendes Verhältnis von akademischen Stellen und Nachfragern herzustellen.
- Der Antrag wurde nach Debatte an den Ausschuss Bildung, Forschung & Technikfolgenabschätzung überwiesen.

CDU-Antrag 20/4879, Thema: Verlängerung für die Beantragung des sog. Umweltbonus für E-Fahrzeuge bis Juni 2023

- Der sog. Umweltbonus für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen läuft ab 1. Jan. aus bzw. wird massiv reduziert, die CDU fordert in ihrem Antrag eine Verlängerung für die Beantragung bis Juni 2023 (solange man eine Fahrgestellnummer vorweisen könne).
- Die AfD lehnt dies ab.
- Es erfolgte Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.

Zwei Anträge der AfD (20/4894 und 20/4895) zum Thema Gendersprache und deren Auswirkungen

- Die AfD fordert die Untersuchung der Auswirkungen geschlechterangepasster Sprache und im Übrigen die Beibehaltung des generischen Maskulin.
- Die Anträge wurden nach Debatte an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

Freitag

Die AfD thematisiert erneut eindringlich die Verfehlungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit Corona.

- Anfang der Woche hatte Martin Sichert, AfD, in einer Pressekonferenz der AfD-Fraktion das Ergebnis einer akribischen und fast detektivischen Arbeit aufgedeckt. Es hätte ein Paukenschlag sein sollen, der die gesamte Republik erschütterte:
- Durch Nachbohren und Recherchieren hatte er mit seinem Team Sterbedaten der Kassenärztlichen Vereinigung aus den Jahren 2016 bis 1. Quartal 2022 erlangt und diese in Stabdiagrammen anschaulich ausgewertet.
- Zwei Dinge sind hierbei als skandalös erkennbar geworden:
- Das PEI und Robert-Koch-Institut waren ihren gesetzlichen Verpflichtungen gem. §13 Abs. 5 Infektionsschutzgesetz nicht nachgekommen, diese Daten regelmäßig auszuwerten, und haben das seit zwei Jahren versäumt.



- Die KBV hätten diese Daten gem. Vorgabe zu übermitteln gehabt. Und: Die Sterbedaten mit den ICD-Codes betreffend „nicht feststellbarer Todesursache“ sind seit 2021 um quasi das 1000fache angestiegen. Betont werden muss hierbei, dass es weder sog. Corona-Tote sind, noch sonstige Todesursachen, die anderen Codes zugeordnet werden können, sondern schlichtweg ungeklärte Todesursachen mit Todesfolge innerhalb weniger als 24 Stunden nach Beginn der Symptome.
- Der Paukenschlag in der Öffentlichkeit blieb aus.

Drei Anträge der AfD erfolgten auch aufgrund erwähnter Faktenlage, die diesen dramatischen Anstieg der unbekannteren Todesursachen ausweist:

- In Gesetzesantrag 20/4892 forderte die AfD die Änderung des IfSG und sofortige Aussetzung der Maskenpflicht im Öffentlichen Fernverkehr
- Mit Antrag 20/4891 forderte sie die Umsetzung dieser Gesetzesänderung.
- Mit Antrag 20/4893 forderte sie die Aussetzung der Corona-Impfung bei Minderjährigen.
- Nach nur einer halben Stunde wurden die Anträge an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD, Thema: Nebenwirkungen der Corona-Impfung

- Martin Sichert brachte das Verfehlen der Bundesregierung nochmals deutlich zur Aussprache: Angeblich wegen einer fehlenden Schnittstelle kamen die Behörden nicht ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Einholung der Daten und Auswertung in den letzten beiden Jahren nach. Es bedürfe einer umfassenden Aufklärung dieses Skandals.
- In den Reden der Kollegen der anderen Parteien wurden diese Tatsachen jedoch ignoriert.

Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



KAHLA
Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Di.: 10 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

NEUSTADT / ORLA
Puschkinplatz 6
Tel.: 036481 84 69 64
Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk02@bundestag.de

SAALFELD
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



www.Kaufmann-Michael.de
Michael.Kaufmann@bundestag.de

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)
[@KaufmannAfD](https://www.instagram.com/KaufmannAfD)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)
t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

